

Muslimbruderschaft (unter anderem Deutsche Muslimische Gemeinschaft, DMG)



Sitz/Verbreitung	Bundesweite Strukturen, Hauptsitz der DMG in Berlin
Gründung/Bestehen seit	1928 in Ägypten, in Deutschland seit den 1960er-Jahren aktiv
Struktur/ Repräsentanz	<p>Die Muslimbruderschaft (MB) ist eine weltweit agierende Bewegung, zu der eine Vielzahl von Organisationen gehört.</p> <p>In Deutschland stellt die Deutsche Muslimische Gemeinschaft (DMG) die wichtigste Organisation von Anhängern der Muslimbruderschaft dar. Daneben existieren MB-nahe Verbandsstrukturen auf europäischer Ebene.</p> <p>Neben der DMG existieren zahlreiche weitere Institutionen und Vereine. Diese stehen der Ideologie der Muslimbruderschaft zumindest nahe, obwohl sie keine oder nur eine sehr lose Anbindung an die DMG-Strukturen aufweisen.</p> <p>In NRW sind Einflüsse der Muslimbruderschaft unter anderem in der ar-Rahman-Moschee in Münster feststellbar, die durch das Islamische Kulturzentrum in Münster e.V. betrieben wird.</p>
Mitglieder/Anhänger/ Unterstützer 2023	320 (einschließlich HAMAS) ↗
Veröffentlichungen	Verschiedene Internetseiten und Auftritte, auch deutschsprachig, in sozialen Medien

Kurzporträt/Ziele

Die im Jahr 1928 von Hassan al-Banna in Ägypten gegründete **Muslimbruderschaft (MB)** ist die älteste und einflussreichste islamistische Bewegung. Als pan-islamisch ausgerichtete Organisation ist sie nicht nur in allen arabischen Staaten, sondern in nahezu allen muslimisch geprägten Ländern vertreten. Nach eigenen Angaben sind dies insgesamt 70 Länder weltweit.

Die Ideologie der **MB** ist die Basis aller späteren islamistischen Bestrebungen. Das taktische und strategische Vorgehen der verschiedenen regionalen Zweige der **MB** unterscheidet sich vor allem im Hinblick auf die Frage, ob Gewalt zur Erreichung des politischen Ziels angewandt werden soll. Bis heute nimmt die ägyptische **MB** gegenüber allen anderen regionalen Zweigen eine führende Rolle ein.

Nach der Abspaltung militanter Gruppierungen verzichtet die (ägyptische) **MB** seit Ende der 1970er-Jahre grundsätzlich auf die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Dieser Gewaltverzicht gilt jedoch nicht für die von ihr propagierte Befreiung Palästinas und somit im Kampf gegen Israel. Dieser wird insbesondere von der **HAMAS**, dem palästinensischen Zweig der **MB**, geführt.

In Nordrhein-Westfalen ist das Ziel der hiesigen Vertreter der **MB** zunächst, die Bestrebungen der Organisation in den islamisch geprägten Ländern zu unterstützen. Darüber hinaus wird die Deutungshoheit über den Islam in Deutschland angestrebt. Um diese Ziele zu erreichen, geht die **MB** entsprechend moderat vor.

Erkenntnisse über das organisierte Zusammenwirken öffentlicher und nicht öffentlicher **MB**-naher Strukturen zeigen zudem, dass die **MB** in Nordrhein-Westfalen vor allem durch die **DMG** repräsentiert wird.

Finanzierung

Spenden sowie wirtschaftliche Betätigung

Grund der Beobachtung/Verfassungsfeindlichkeit

Die **MB** ist der Ursprung des modernen politischen Islam, einer extremistischen Ideologie, die auch als Islamismus bezeichnet wird. Kernaussage und -forderung des Islamismus ist, dass die politische Herrschaft nur Gott zustehe und der Mensch diese nur als sein Stellvertreter oder Sachwalter auszuüben habe. Dabei müsse der Mensch sich an die von Gott herabgesandten Offenbarungen und die darin gegebenen Bestimmungen halten. Diese finde man im Koran und der Sunna, dem Brauch des Propheten Muhammad.

Die **MB** verfolgt das Ziel, in islamisch geprägten Staaten ein Regierungssystem auf der Grundlage der Scharia einzuführen. Eine säkulare demokratische Verfassungsordnung wird allenfalls als Möglichkeit angenommen, den Übergang zu einer islamischen Ordnung gewaltlos zu gestalten. Dazu wird eine Strategie der „Islamisierung von unten“ verfolgt, die zunächst das Individuum anspricht und auf einen Bewusstseinswandel hin zu einem durch die Religion geprägten Leben abzielt. Die derart geschulten Einzelpersonen sollen dann in die Gesellschaft hineinwirken und dafür Sorge tragen, dass sich diese auf lange Sicht dem Gedankengut der **MB** annähert oder zumindest gewisse Freiräume für die Ideologie der Bewegung entstehen.

Nach Auffassung der **MB** sind die staatliche Ordnung und die Rechtsprechung gemäß der islamischen Rechts- und Lebensordnung, der Scharia, aufzubauen. Diese gründet sich auf Koran und Sunna. In dieser Ordnung kann das Volk zwar am politischen Meinungsbildungsprozess teilhaben, was demokratische Elemente innerhalb der islamischen Ordnung möglich machen würde, aber der Rahmen des politisch Möglichen wäre zwingend durch die Offenbarung Gottes und der daraus entwickelten Scharia gesetzt. In dieser von der **MB** so bezeichneten „islamischen Ordnung“ wäre also Gott der Souverän, nicht das Volk. Dies widerspricht im Grundsatz dem Gedanken der Volkssouveränität und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Hiesige Vertreter der **MB** äußern sich in der Regel nicht eindeutig extremistisch. Stattdessen stellen sich die **MB**-nahen Vereine als religiöse islamische Organisationen dar, die für das Recht der Muslime auf Teilhabe in der Gesellschaft eintreten. Dabei vertritt die **MB** nach eigenem Verständnis einen „Islam der Mitte“. Dieser grenzt sich einerseits vom religiösen Fundamentalismus und andererseits von einem liberalen, westlichen Islam ab. In ideologischer Hinsicht steht er zwischen einem militanten **salafistischen Jihadismus** und einem säkularen Islamverständnis. Dabei gilt es jedoch zu beachten, dass sich auch dieser „Mittelweg“ eindeutig am klassischen Konzept von Scharia orientiert, damit Widersprüche zur freiheitlichen demokratischen Grund-

ordnung aufweist und somit selbst als extremistisch zu bewerten ist. Die **MB** fühlt sich nach wie vor einem ganzheitlichen Religionsverständnis verpflichtet. Demzufolge sollte der Glaube alle Lebensbereiche regeln, wozu auch die politische und gesellschaftliche Ordnung zählen.

Deshalb unterliegt sie nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW als extremistische Bestrebung der nachrichtendienstlichen Beobachtung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Das Jahr 2023 war für die MB in Nordrhein-Westfalen und vor allem auf internationaler Ebene ein schwieriges Jahr.

So wurde der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan wiedergewählt und intensivierte seine Annäherungsbemühungen an die arabischen Länder. Im Mai 2023 einigten sich Erdoğan und der ägyptische Präsident Abdel Fattah el-Sisi auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Zuvor galt das Verhältnis zwischen der Türkei und Ägypten als angespannt, da die Türkei unterstützend an der Seite der **MB** stand.

Im Juni 2023 verweigerte die Türkei außerdem einem prominenten ägyptischen Prediger und Muslimbruder die türkische Staatsbürgerschaft. Der zu dem Zeitpunkt seit neun Jahren in der Türkei lebende Muslimbruder veröffentlichte daraufhin ein Video, in dem er die Suche nach einem neuen Land, das ihn beherbergen könnte, bekannt gab.

Auch Katar distanzierte sich von der **MB**. Das Land forderte ebenfalls im Juni 2023 etwa einhundert ägyptische Staatsangehörige, die in Katar leben und Anhänger der **MB** sind auf, den Staat zu verlassen. Diese Aufforderung folgte der diplomatischen Annäherung zwischen Doha und Kairo. Die Beziehung zwischen den beiden Ländern war seit dem Jahr 2013 angespannt, da in diesem Jahr der MB-nahe ägyptische Präsident gestürzt wurde, woraufhin Katar zahlreichen ägyptischen Muslimbrüdern ein Exil bot.

Darüber hinaus konnte der Machtkampf innerhalb der **MB** im Jahr 2023 nicht beigelegt werden. Der innere Disput entstand nach der Inhaftierung des formalen Führers der **MB**, Muhammad Badie, durch die ägyptischen Sicherheitskräfte im August 2013. Seitdem rivalisieren zwei Fraktionen der **MB**, von denen eine in London, die andere in Istanbul, ansässig ist. Im August 2023 griff der in Haft befindliche oberste **MB**-Führer Badie in den Konflikt ein und ließ verlautbaren, dass er nach wie vor Führer der **MB** sei und dies bis zu seinem Tode oder einer Abberufung durch die Organisation bleiben werde, der Führer des Flügels in London aber sein aktueller Vertreter sei.

Auch in Deutschland gab es Rückschläge für die **MB**. Aufgrund der Berichterstattung des Verfassungsschutzes und wachsender öffentlicher Kritik im Jahr 2019 wurde seitens des Zentralrats der Muslime (ZMD) die Mitgliedschaft der **DMG** ruhend gestellt und eine juristische Klärung der Vorwürfe durch die **DMG** gefordert. Aufgrund der Nennung im Verfassungsschutzbericht reichte die **DMG** eine Klage gegen das Bundesinnenministerium ein, zog diese aber im Jahr 2021 wegen mangelnder Erfolgsaussichten zurück. Im Januar 2022 schloss der ZMD daraufhin die **DMG** aus. Auch bei den Vorstandswahlen im September 2022 verloren Personen mit entsprechenden Bezügen zur **MB** ihr Amt.

Auf Landesebene wird sich diese Entwicklung wahrscheinlich verzögert abbilden. Der ZMD-Landesverband Nordrhein-Westfalen klagte gegen das Schulministerium, weil dieses ihm aufgrund seiner Verbindungen zu islamischen Organisationen mit verfassungsfeindlichen Tendenzen die Mitwirkung an der Kommission für den islamischen Religionsunterricht verweigert hatte. Die Klage zog der Verband kurz vor Beginn der mündlichen Verhandlung im Mai 2023 zurück und kündigte eine inhaltliche und personelle Neuausrichtung an.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die **MB** sieht sich aktuell mit großen Herausforderungen konfrontiert, auf die sie noch keine adäquaten Antworten gefunden hat. Während sie intern weiterhin mit Differenzen und Führungsstreitigkeiten zu kämpfen hat, sieht sie sich zugleich starkem Druck von außen ausgesetzt. Im Inland wird dieser Druck durch die Berichterstattung des Verfassungsschutzes ausgeübt, der zu einem zunehmenden gesellschaftlichen Bewusstsein bezüglich der Problematik der Organisation führt.

Die internationale **MB** ist insbesondere mit internen Differenzen befasst. Seit dem Jahr 2021 ringen führende Funktionäre der **MB** in der Türkei mit jenen, die in Großbritannien ansässig sind, um die Leitung der Organisation. Der Ausgang dieses Konflikts ist noch nicht entschieden, allerdings scheint sich gegenwärtig die in London ansässige Gruppe in der besseren Position zu befinden und auch den Rückhalt der in Ägypten inhaftierten Führung zu genießen. Es bleibt abzuwarten, ob die sich andeutende geographische Schwerpunktverlagerung der **MB** auch inhaltlich auswirkt.

Die **MB** stellt aber weiterhin eine ernstzunehmende Herausforderung für die muslimische Gemeinschaft in Deutschland dar, weil sie über erhebliche ökonomische und intellektuelle Kapazitäten verfügt, die es ihr ermöglichen, ihr Gedankengut unter hiesigen Muslimen zu verbreiten.

An der Basis ist zudem erkennbar, dass die **MB** von den äußeren Widrigkeiten und den Spannungen in der Führungsebene der Organisation weitgehend unbeeindruckt ist und weiter nach den bekannten Mustern agiert.